

12. Dezember 2018

Postulat

von Roger Tognella (FDP)
und Andreas Egli (FDP)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie nach dem Entscheid der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt des Kantonsrats (KEVU), welche im Zusammenhang mit Anträgen zur Änderung des kantonalen Strassengesetzes verschiedene parlamentarische Initiativen zuhanden des Kantonsrats verabschiedet hat, anstehende Entscheide in der Verkehrspolitik des Stadtrates zu sistieren sind.

Begründung:

Der Stadtrat hat in seiner Medienmitteilung vom 7. Dezember 2018 auf die tags zuvor publik gewordenen Anträge zur Änderung des kantonalen Strassengesetzes mit Befremden reagiert. Er hat in seiner Medienmitteilung seine Erwartung zum Ausdruck gebracht, bei der Vernehmlassung angehört zu werden.

Im Gegenzug darf der Kanton von der Stadt Zürich erwarten, dass in der Zeit bis zur Vernehmlassung und gegebenenfalls bis zu einer neuen Gesetzesvorlage keine Entscheide in der Verkehrspolitik des Stadtrates, insbesondere keine einschränkende Entscheide wie Parkplatzaufhebungen und T30 Beschränkungen auf den Hauptverkehrsachsen, erfolgen. Entsprechende anstehende Entscheide in der Verkehrspolitik des Stadtrates sind zu sistieren.

